

FRAKTION AKTUELL

MEHR PFLEGEPLÄTZE IN NIDDERAU SCHAFFEN!

PLANUNG ZUR ERRICHTUNG EINES PFLEGEZENTRUMS IN EICHEN

In Nidderau liegt der Pflegeplatzanteil unter 0,7 %, was derzeit nur 137 Pflegeplätzen und somit einer Unterversorgung entspricht. Durch die Schaffung neuer Pflegeplätze soll die örtliche Versorgung verbessert und gleichzeitig ein Rahmen geschaffen werden, der es Nidderauer Seniorinnen und Senioren ermöglicht, in ihrer Heimat alt zu werden.

Wir als SPD Fraktion haben mit der Zustimmung des Planungsantrages in der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2018 gezeigt, dass wir uns dieser wichtigen Angelegenheit widmen und an dieser arbeiten wollen. Mit den Alten- und Pflegezentren des Main-Kinzig-Kreises und eines mobilen Pflegedienstes haben bereits erste Anbieter Interesse am Standort Eichen bekundet.

Mit der aktuellen Initiative wird unser früherer Antrag zum „betreuten Wohnen“ in Eichen oder Erbstadt nun umgesetzt. Jetzt gilt es einen geeigneten Standort im Stadtteil zu finden. Nur so ist garantiert, dass solch eine Einrichtung in die örtlichen Strukturen miteinbezogen wird.

EINRICHTUNG EINES WALDKINDERGARTENS

IM WALD SOLL EINE ALTERNATIVE FÜR KITA-KINDER ENTSTEHEN

Noch in diesem Jahr soll im Wald zwischen Ostheim und Eichen ein Waldkindergarten entstehen. Die Idee des Waldkindergartens stammt ursprünglich aus Dänemark, wo der Aufenthalt in der Natur ein selbstverständlicher Bestandteil der Vorschulerziehung ist. Auch in Deutschland setzt sich die Idee des Waldkindergartens immer mehr durch. Die Gruppengröße eines Waldkindergartens liegt in der Regel bei 15 bis 20 Kindern im Alter zwischen drei und

sechs Jahren. Selbstverständlich orientieren sich auch Waldkindergärten an den vorgegebenen Erziehungs- und Bildungsaufträgen. Das Konzept der Waldkindergärten setzt jedoch darüber hinaus besondere pädagogische Schwerpunkte, z.B.:

- Kinder sollen stärker mit der Natur vertraut gemacht werden, auch bei schlechtem Wetter
- Erleben der jahreszeitlichen Rhythmen und Naturerscheinungen

- Erleben der Pflanzen und Tiere in ihren ursprünglichen Lebensräumen
- Erfahren von Stille und Sensibilisierung für das gesprochene Wort
- Sensibilisierung für ökologische Zusammenhänge und Vernetzungen

Da das Konzept des Waldkindergartens bei immer mehr Eltern auf Zuspruch stößt, unterstützt die SPD-Fraktion die Pläne zur Verwirklichung einer solchen Einrichtung.

LIEBE NIDDERAUERINNEN UND NIDDERAUER,

auch wenn das neue Jahr bereits einige Wochen alt ist, möchte ich Ihnen - auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion - ein erfolgreiches und vor allem gesundes Jahr 2019 wünschen.

Nachdem die letzten Monate durch intensive Haushaltsberatungen geprägt waren, hoffen wir, dass der eingeschlagene Konsolidierungskurs zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Nidderauer Finanzen führen wird. Die Zukunft bietet Chancen für unsere Stadt: In Eichen soll nicht nur das Feuerwehrhaus nun gänzlich neu errichtet, sondern auch ein Alten- und Pflegezentrum angesiedelt werden. In der Neuen Mitte soll die fahrradfreundliche Umgestaltung der Konrad-Adenauer-Allee abgeschlossen werden und in Ostheim eine neue Zweifeldturnhalle entstehen. All diese Projekte wollen wir konstruktiv im Sinne der Einwohner vorantreiben. Auch im letzten Jahr waren wir nicht untätig: In Heldenbergen und Windecken entstanden neue Betreuungsplätze für unsere Grundschüler, die Nidderhalle in Eichen öffnete ihre Pforten und der Radweg zwischen Erbstadt und Heldenbergen wurde fertig gestellt. Projekte, die durch die rot-grüne Koalition realisiert wurden. Es gilt weiterhin: Sprechen Sie uns mit Ihren Anliegen an, damit wir gemeinsam mit Ihnen Nidderau weiter voranbringen können.



Herzliche Grüße, Ihr Andreas Bär

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG GESTARTET!

STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG BESCHLIEßT HAUSHALT

Die Stadtverordnetenversammlung hat kürzlich den Haushalt für die Jahre 2019/2020 beschlossen. Erstmals haben mit SPD, Grünen und Freien Wählern drei Fraktionen gemeinsam am Haushaltsentwurf des Magistrats gearbeitet. Dabei haben die Fraktionen ihren Fokus auf drei Schwerpunkte gesetzt: 1.) Begrenzung der städtischen Ausgaben, 2.) Erweiterung der parlamentarischen Kontrolle bei Investitionen und 3.) Stärkere Kostendeckung bei defizitären städtischen Bereichen. Dabei kam es leider auch zu einer Erhöhung der Steuern. Im Folgenden sollen die Hintergründe dieses Beschlusses erläutert werden.

EINNAHMEN DER STADT

Die hessischen Kommunen finanzieren sich zu großen Teilen aus Zuweisungen von Bund und Land und nur zu einem kleinen Teil durch eigene Steuern, vor allem die Grund- und Gewerbesteuern. In Nidderau beträgt dieser Anteil ca. 25 %, während die Zuweisungen knapp 60 % ausmachen. Die restlichen 15 % sind Einnahmen aus Gebühren, Miet- und Pachteinnahmen, etc.

AUSGABEN DER STADT

Über 17 Millionen muss die Stadt Nidderau in Form von Umlagen und Zuweisungen an andere Organisationen, vor allem den Main-Kinzig-Kreis, abtreten. Etwa ein Drittel, ca. 15 Millionen Euro, gibt die Stadt Nidderau für ihr Personal aus. Über 210 Vollzeitstellen sind bei der Stadt Nidderau angesiedelt, davon über 90 im Sozial- und Erziehungsbereich, vor allem in den städtischen Kindertagesstätten. Knapp 11 Millionen Euro entfallen auf (rein finanzwirksame) Abschreibungen und Aufwendungen für laufende Sach- und Dienstleistungen.

Man sieht, dass die meisten städtischen Ausgaben kaum beeinflussbar sind und daher nur wenig im „laufenden Geschäft“ eingespart werden kann.

INVESTITIONEN

Städtische Investitionen werden in der Regel nicht aus den laufenden Einnahmen getätigt, sondern durch den Verkauf von Eigentum, vor allem Grundstücke, oder Kreditaufnahme finanziert. Deshalb kann man eine Erhöhung der Grundsteuer nur zum Teil, nämlich über die Abschreibungen, mit städtischen Investitionen begründen.

GRÜNDE DER FINANZLAGE

In den vergangenen Jahren haben die zu übernehmenden Aufgaben der Kommunen durch die Landes- und Bundesgesetzgebung zugenommen, ohne dass die dadurch entstandenen Kosten ausgeglichen wurden. Ein Beispiel ist der vom Land Hessen beschlossene kostenlose Kindergartengrundplatz, der die Stadt Nidderau jährlich rund 250.000 € kostet, weil die Zuschüsse nicht die tatsächlichen Kosten decken. Auch die sog. „Hessenkasse“, finanziert sich zum Großteil durch Gelder, die für die Kommunen gedacht waren und die diesen nun fehlen.

Dadurch sind viele Kommunen gezwungen, ihren Haushalt durch die Erhöhung kommunaler Steuern, hauptsächlich Grund- und Gewerbesteuer, auszugleichen. Im Falle der aktuellen Steuererhöhungen ging es darum, eine Lücke von ca. 2 Millionen Euro zu schließen. Würde Nidderau jedoch durch das Land Hessen als Mittelzentrum anerkannt werden, weil es diese Rolle bereits heute wahrnimmt und die entsprechende (Kosten verursachende!) Infrastruk-

tur bereitstellt, wäre wahrscheinlich keine Steuererhöhung notwendig gewesen.

KEIN NIDDERAUER PROBLEM

Nidderau steht übrigens nicht alleine da: Beinahe alle Kommunen im Umland mussten ihre Steuern erhöhen oder Schulden machen, egal welche Partei in der jeweiligen Kommune die politische Mehrheit stellt. Das Hessische Statistische Landesamt bestätigt diese Einschätzung: „Die hessischen Kommunen wiesen zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt Verbindlichkeiten [...] in Höhe von 32,3 Milliarden Euro aus. Dies entspricht einer Verschuldung von 5189 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Im Vergleich der Flächenländer lag Hessen auf Rang 2 der Verschuldungsskala. Lediglich die saarländischen Kommunen erreichten mit 6844 Euro pro Kopf einen höheren Schuldenstand.“

Zur Erinnerung: Das Land Hessen ist eines der reichsten Bundesländer Deutschlands und trotzdem haben die Kommunen im Schnitt die fast höchsten Schulden in Deutschland. Ein Schuldenstand, von dem Nidderau durchgehend weit entfernt war und ist. Die Steuererhöhungen sind daher zwar weiterhin ärgerlich, liegen aber vor allem an der unzureichenden Finanzausstattung durch den Bund und das Land Hessen.



SPD-Fraktion Nidderau

Andreas Bär

Auf dem Burgstück 12b, 61130 Nidderau



fraktion@spd-nidderau.de

www.spd-nidderau.de

FRAKTION
NIDDERAU

SPD